



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Federstriche

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Federstriche

Parteiamtliche Wissenschaft

Die Universität Frankfurt wird seit diesem Jahr aus staatlichen Mitteln am Leben erhalten. Die Bedingung dafür bildete die Bereitwilligkeit des Lehrkörpers zur Teilnahme an einer neu zu gründenden Akademie der Arbeit. Kürzlich hat nun in Frankfurt durch Minister Hänisch die Gründung dieser Akademie in enger Verbindung mit der Universität stattgefunden. In dieser Akademie sollen die künftigen politischen und wirtschaftlichen Führer der Arbeit aus dem Arbeiterstande selbst unter staatlicher Pflege heraufgebildet werden. An Stelle der ursprünglich vorgesehenen vier Semester hat man sich schließlich darauf geeinigt, zwei Semester als genügend anzusehen. Es braucht also, um einen staatlich geprüften Volksführer hochzuzüchten, nur etwa den vierten Teil der Zeit, die es zur Ausbreitung eines Arztes oder Oberlehrers bedarf, wobei von den kleinen Unterschieden der Schulvorbildung natürlich überhaupt abzusehen ist. Als Ersatz für das gestrichene dritte und vierte Semester soll nun aber im zweiten (Schluß) Semester, wie es in der Pressenotiz hübsch heißt, „die Weltanschauung der Arbeiter“ berücksichtigt werden. „Die Arbeiter sünden größtenteils auf marxistischem Boden und verlangten für diesen Unterricht Lehrer ihrer Auffassung. Diese Bedingung sollte vertraglich festgelegt werden, damit die Rechtsnachfolger des Portefeuilles sich danach richten müßten. Kultusminister Hänisch erklärte, die Regierung sei grundsätzlich bereit, den Unterricht im zweiten Semester durch Männer des Vertrauens der Arbeiter erteilen zu lassen, die in Fragen der Weltanschauung ihren Ansichten entsprechen“

Auch ist der Universität Frankfurt aus Staatsmitteln ein besonderer Fonds „Ewige Walze“ überwiesen worden, um die vertraglich festgelegte Weltanschauung des hl. Marx auch nach dem Aussterben des letzten Marxisten mindestens bis zur völligen Erkaltung der Erdrinde vom dortigen Katheder herab spielen zu lassen.

v. S.

Das parlamentarische Sorgenkind

Seit Weihnachten sind die Väter und Paten des parlamentarisch regierten Staates immer heftiger mit öffentlichen Klagen über die Arbeitsweise des Reichstags hervorgetreten. Gegen die viele Rederei hat der sozialdemokratische Reichstagspräsident Löbe die Flucht in die Öffentlichkeit ergriffen. Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb im Dezember mehrfach über „parlamentarische Mißstände“, „unhaltbare Zustände“ im Reichstag, der mit dem „Brandmal der Beschlußunsfähigkeit“ in die Weihnachtsferien ging, der den Etat in einem Augenblick noch nicht fertiggestellt hat, wo bereits Dreiviertel des Etatsjahres vorüber sind. „Weitens der größere Teil des ganzen Haushalts muß erst noch den Hauptausschuß durchlaufen, und man kann sich deutlich vorstellen, daß das Parlament die Etatsberatung im günstigsten Falle gerade beenden wird, wenn das Etatsjahr im März zu Ende geht. So können die Dinge unmöglich weitergehen.“ Um die durch parteipolitische Tiraden vor leeren Bänken vergeudete Zeit wieder hereinzuholen, wurden wichtigste Gesetze zuletzt in atemraubendem Tempo aufs oberflächlichste durchgepeitscht. Allgemein wird geklagt, daß ein Abgeordneter, der der Debatte wirklich folgen wollte, geistig verblöden müßte. Die Verbesserungsvorschläge, die von den Freunden des Parlamentarismus vorgebracht werden, gehen aber alle darauf aus, die sachliche Aushöhlung der Plenarberatungen, die heute einen kaum mehr übersteiglichen Grad erreicht hat, noch weiter zu fördern und die eigentliche Arbeitsleistung noch mehr in die Ausschüsse zu verlegen. Gerade das Gegenteil ist in dem klassischen Land des Parlamentarismus der Fall. England kennt geschlossene Ausschußsitzungen überhaupt nicht. Dafür hat das englische

Parlament die Zeit für die Statsdebatten auf 20 Tage beschränkt, die im Notfall auf 23 Tage erhöht werden kann. Gegen allzu ausgedehnte Debatten hat England die sogenannte „Guillotine“. So versteht es das englische Volk dank seiner politischen Reife, die Plenarberatungen auf einer gewissen Höhe zu halten und eine fachliche Gedrängtheit und Würde der Verhandlungen zu erzwingen. Aber auch die wohlthätigsten Gesetze und klügsten Geschäftsordnungen würden wirkungslos sein, wenn nicht die Selbstzucht des einzelnen, der Gemeingeist aller sie von innen heraus bejahete.

Der Herr Minister

Neuerdings hat sich die Sitte eingebürgert, bei Sitzungsberichten zu drucken: Anwesend der Herr Minister, Ministerialrat X, Major Y usw. Kürzlich wurde dies von einem Bürokraten (alte Schule) bemängelt. Es wäre undemokratisch, meinte dieser; man müßte allen Anwesenden das „Herr“ geben oder gar keinem. Wie wenig Verständnis für die neue Zeit! Gerade dies ist so demokratisch. Wer würde daran zweifeln, daß X und Y Herren sind? Bei einem Minister indessen kann man die Versicherung, daß er ein „Herr“ ist, gar nicht oft genug drucken.

C. J. W.

Verantwortlich: i. B. Hans von Sodenstern in Berlin.

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35 a. Fernruf: Kikow 6510.

Verlag: R. F. Koehler, Abteilung Grenzboten, Berlin.

Druck B. Woelfer Buchdruckerei, Berlin S 14, Stallschreiberstr. 34/35.

Rücksendung von Manuskripten erfolgt nur gegen beigefügtes Rückporto.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze ist nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlages gestattet.

Pädagogium Waren in Mecklenburg am Müritzsee

Vorbereitung auf alle Klassen der verschiedenen Schulsysteme (Umschulung). Insbesondere Vorbereitung auf die Einjährigen-, Prima- und Reifeprüfung.

Dr. Michaelis.